



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



*Bild: A. Tschümperlin AG, Baustoffe*

# AUSLESE

Diese Ausgabe wird gesponsert von der Firma

# A. Tschümperlin AG, Baustoffe

## Oberneuhofstrasse 5, 6341 Baar

Nr.	Datum	Sponsor
375	21.09.2006	GS-Präzisions AG, Fännring 8, 6403 Küssnacht
376	26.10.2006	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
377	23.11.2006	HELOG-HELISWISS AG, Helikopter-Transporte, Haltikon 32, 6403 Küssnacht a. Rigi
378	21.12.2006	BDO Visura, Feldmoosstrasse 12, 8853 Lachen
379	25.01.2007	OBT AG, Rubiswilstrasse 14, 6431 Schwyz
380	22.02.2007	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Büelgasse 6, 8855 Wangen
<b>381</b>	<b>22.03.2007</b>	<b>A. TSCHÜMPERLIN AG, BAUSTOFFE, Oberneuhofstrasse 5, 6341 BAAR</b>
382	26.04.2007	DOM AG Sicherheitstechnik, Breitenstrasse 11, 8852 Altendorf
383	24.05.2007	Axilion AG, Unternehmens- und Informatik-Beratung, 6431 Schwyz
384	21.06.2007	biberbau ag, 8836 Biberbrugg
385	23.08.2007	pensionskasse pro, 6430 Schwyz
386	20.09.2007	Wilhelm Schmidlin AG, Stahlbadewannen, 6414 Oberarth
387	25.10.2007	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
388	22.11.2007	Maschinenbau BÜHLER AG, 6431 Schwyz
389	20.12.2007	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsanwälte und Notare, in 8808 Pfäffikon und 8002 Zürich
390	24.01.2008	MIT Provider AG, Rebbbergstrasse 20, 8832 Wollerau
391	21.02.2008	Schwyz Kantonalbank, 6431 Schwyz
392	20.03.2008	
393	24.04.2008	
394	22.05.2008	
395	26.06.2008	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, 8855 Wangen
396	22.07.2008	
397	20.08.2008	
398	23.09.2008	
399	21.10.2008	
400	20.11.2008	
401	18.12.2008	
402	22.01.2009	
403	19.02.2009	
404	26.03.2009	
405	23.04.2009	
406	28.05.2009	
407	25.06.2009	
408	23.07.2009	

## Adressen H+I Kanton Schwyz

### H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth  
 lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
 Convisa AG, Unternehmens-,  
 Steuer- & Rechtsberatung  
 6431 Schwyz  
 Tel. 041 819 60 60  
 Fax 041 819 60 69  
 praesident@h-i-sz.ch  
 ruedi.reichmuth@convisa.ch

### H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber  
 lic. iur., Fürsprecher  
 Wehrl Rechtsanwältin  
 Bahnhofstrasse 4 / Postfach 762  
 6431 Schwyz  
 Tel. 041 818 80 92  
 Fax 041 811 80 81  
 info@h-i-sz.ch

### Sekretariat Wirtschaftswochen:

Georg Stäheli  
 Treuhandbüro  
 Kirchstrasse 42  
 Postfach  
 8807 Freienbach  
 Tel. 055 415 78 00  
 Fax 055 415 78 01  
 g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

### Kasse:

Schwyz Kantonalbank  
 Tel. 041 819 41 11  
 Fax 041 819 41 27

### Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
 (Herausgabe und Redaktion):  
 Sekretariat H+I  
 Redaktion Teil «SZ»:  
 Franz Steinegger, Schwyz  
 Tel. 041 819 08 76  
 Abschlussredaktion:  
 RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
 Tel. 041 811 80 80  
 Satz, Druck, Spedition:  
 Bruhin AG, print&crossmedia, Freienbach  
 Tel. 055 415 34 34  
 www.bruhin-druck.ch

### Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
 Gersau–Arth–Goldau:  
 Roman Weber  
 Tel. 041 818 80 92  
 info@h-i-sz.ch

Küssnacht:  
 Josef Stübi  
 Tel. 041 854 04 00  
 josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
 Georges Kaufmann  
 Tel. 055 410 11 69  
 georg.kaufmann@winterthur.ch

### Die Abkürzungen bzw. Quellenangaben vor den einzelnen Artikeln «SZ» und «CH» bedeuten:

#### Zeitungen:

ABl = Amtsblatt Kt. Schwyz  
 BdU = Bote der Urschweiz  
 Cas = Cash  
 EiA = Einsiedler Anzeiger  
 Fac = Facts  
 FrS = Freier Schweizer  
 GeB = Schwyz Gewerbe-Blatt  
 HöV = Höfner Volksblatt  
 MaA = March-Anzeiger  
 MHZ = March Höfe Zeitung  
 NLZ = Neue Luzerner Zeitung  
 NSZ = Neue Schwyz Zeitung  
 NZZ = Neue Zürcher Zeitung  
 RiP = Rigi Post  
 SHZ = Schweiz. Handelszeitung

#### Institutionen:

H+I = Meldung des H+I Schwyz  
 SKB = Schwyz Kantonalbank  
 StK = Staatskanzlei des Kantons Schwyz



Carla Tschümperlin  
A.Tschümperlin AG

### Mitarbeiterbindung im ausgetrockneten Arbeitsmarkt

Wer zurzeit als Arbeitgeber freie Stellen zu besetzen hat, stellt eines fest: Qualifizierte und kompatible Mitarbeiter zu finden, braucht Zeit und Geld.

Der Arbeitsmarkt reagiert mit verknapptem Angebot auf die Nachfrage. Volkswirtschaftlich gesehen ein zu befürwortender und erfreulicher Zustand. Für die Unternehmen heisst dies jedoch nichts anderes, als dass ein weiterer Wettbewerbsfaktor hinzugekommen ist: Wer bekommt die besten Mitarbeiter, zu welchem Gehalt und innerhalb welcher Zeit?

Genauso wie die Unternehmen für ihre Produkte und Dienstleistungen bei ihren Kunden werben, scheint nun auch ein «Mitarbeiter-Marketing» notwendig zu werden. Es gilt ein interessantes Produkt (Stelle) zu einem marktgerechten Preis (Lohn) in der richtigen Verpackung (Fringe Benefits u.ä.), verbunden mit dem richtigen Image, professionell am Markt anzupreisen.

Doch Hand aufs Herz, können wir wirklich jede unserer offenen Stellen auf diese Art und Weise bewerben? Als KMU hat man vielleicht weder die finanziellen Mittel noch das nötige Lifestyle-Image, Bewerber auf diese Art und Weise auf sich aufmerksam zu machen.

Die Problematik der Rekrutierung kann man jedoch auch aus einem anderen Fokus betrachten. In der Mitarbeiterbindung können KMU's durchaus Stärke beweisen. Die überschaubaren Verhältnisse und der persönliche Umgang geben den Mitarbeitenden Identifikation, Nähe und Sicherheit. Niedrige Fluktuationsraten und

langjährige Mitarbeiter sind seit jeher Stärken der KMUs. Wieso also nicht unsere Stärken pflegen und ausbauen und hier punkten?

Folgende Aktion zur Unterstützung typischer KMU-Kompetenz kann ich Ihnen deshalb empfehlen: Stellen Sie sich als Vorgesetzter Ihren Mitarbeiter, den Sie auf keinen Fall verlieren möchten, vor Ihrem geistigen Auge vor und versetzen Sie sich in seine Position.

Was würde er sich wünschen, um noch zufriedener zu sein? Ist es die schon lange besprochene Ausbildung, für die nie Zeit war? Ist es der Wunsch, wenigstens 2-mal die Woche mit der Familie abends zu essen? Ein neuer Laptop mit einem Akku, der nicht dauernd den Geist aufgibt? Oder Anerkennung für die geleisteten Überstunden?

Vielfach sind es die kleinen Dinge, die über die Jahre demotivierend wirken und die zu einem Jobwechsel anregen. Nur wenn Sie Ihre Mitarbeiter gut kennen, haben Sie eine Chance, die Zeichen dafür zu erkennen.

Nehmen Sie sich Zeit für ein persönliches, ausführliches Gespräch (nicht das Qualifikationsgespräch), bei dem es um den Mitarbeiter als Mensch, mit seinen Zielen, Wünschen und Sorgen geht. Der Mitarbeiter verdankt es Ihrer Unternehmung hoffentlich mit Zufriedenheit und krisenfähiger Verbundenheit, auch in Zeiten eines ausgetrockneten Arbeitsmarktes.

Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg!

Carla Tschümperlin  
A.Tschümperlin AG, Baustoffe

### Inhaltsverzeichnis

<b>SZ</b>	
Wirtschaftsmeldungen .....	4-6
<b>Aktuell</b>	
AP 2011: Zur Bedeutung des bauerlichen Bodenrechts und des landwirtschaftlichen Pachtrechts .....	7
<b>Index</b> .....	8
<b>Themen CH</b>	
Europapolitik: Bilateraler Weg – optimaler Weg .....	9
Das Unternehmen führt nicht der Aktionär .....	10
<b>Kommentar zum Zeitgeschehen</b>	
Steuerwettbewerb nach sozialistischer Manier .....	11
<b>Veranstaltungshinweis</b> .....	12

### Swiss Holiday Park auf dem Erfolgspfad

Der SHP in Morschach hat das erfolgreichste Geschäftsjahr seit der Eröffnung 1996 hinter sich. Das Unternehmen hat sich unter Direktor Walter Trösch (seit 2002 Verwaltungsratspräsident) von den wirtschaftlich turbulenten Zeiten nach der Gründung erholt und die meisten konzeptionellen und baulichen Altlasten beseitigt. 2006 stiegen sowohl die Zahl der Logiernächte als auch Umsatz und Liquidität deutlich. Die 129 000 registrierten Logiernächte entsprechen einem Plus von 13,2 Prozent innert Jahresfrist. Damit übernachteten 22 Prozent aller Gäste im Kanton Schwyz im Swiss Holiday Park (SHP) in Morschach. Der Umsatz nahm innerhalb eines Jahres um knapp 14 Prozent auf 21,5 Mio. Franken zu. Mit einem EBITDA von 20,5 Prozent und einem Betriebs Cashflow von 14,3 Prozent (was 3,1 Mio. Franken entspricht) steht dem Unternehmen doppelt soviel Liquidität zur Verfügung wie im Vorjahr. Der SHP beschäftigte Ende 2006 250 Personen, was 149 Vollzeitstellen entspricht. Mit 600 Betten ist der SHP der grösste Logiernächteanbieter der Zentralschweiz. Mit der für Juli 2007 geplanten Eröffnung des Feriendorfes «Axenberg West» werden weitere 300 Betten hinzukommen. Der Betrieb richtet sich heute sowohl auf internationale Gäste wie auf lokale und regionale Tagesausflügler aus. Der Aufwärtstrend resultiert aus der klaren Fokussierung auf die drei Bereiche Wellness, Business/Bankette sowie Ferien, Sport, Freizeit.

### Tourismus legt markant zu

Letztes Jahr haben die Tourismusbetriebe und Hotels im Kanton Schwyz insgesamt 580 000 Logiernächte verzeichnet. Damit liegt unser Kanton im landesweiten Aufwärtstrend. Der Anstieg verteilte sich übers ganze Jahr. Zum Vergleich: 2003 waren es 510 000, 2005 bereits 552 000 Logiernächte. Die mit Abstand grösste Feriendestination ist Morschach mit mehr als einem Fünftel der Übernachtungen (s. separate Meldung SHP). Die gesamtkantonalen Zahlen zeigen, dass Schwyz – trotz vielen Wintersportanlagen – eher ein Sommerziel ist. Vor allem die Seen, Berge und Museen «ziehen». In den Sommermonaten Mai bis Oktober wurden durchschnittlich zwischen 50 000 und 60 000 Logiernächte je Monat registriert, im Winterhalbjahr lag die Zahl mit 32 000 bis 37 000 deutlich tiefer – wobei die beiden schwächsten Monate November und April auf das Ergebnis drücken.

### Kloster Einsiedeln verkauft Schloss

Seit 15 Jahren versuchte das Benediktinerkloster, das Schloss Sonnenberg im thurgauischen Stettfurt (zwischen Matzingen und Frauenfeld) zu verkaufen. Am 21. Februar 2007 ist die Handänderung Tatsache geworden. Neuer Besitzer ist der österreichische Unternehmer Christian Baha.

Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart. Baha will das Schloss als Familienwohnsitz nutzen. Restaurant und Kapelle werden der Öffentlichkeit auch künftig zur Verfügung stehen. Geplant ist eine Generalsanierung der historischen Gebäulichkeiten in Abstimmung mit dem Denkmalschutz. Der rund 150 ha umfassende Gutsbetrieb soll auf organische und biologische Landwirtschaft umgestellt werden. Der 39-jährige Österreicher hat unter anderem die auf Hedge-Funds spezialisierte Superfund-Investmentgesellschaft aufgebaut und mit der Quadriga Beteiligungs AG sein erstes alternatives Investment-Produkt als Privatanleger auf den Markt gebracht.

### Mehr Bürgerschaft für Gewerbe

Die Nachfrage nach Bürgerschaften des Bürgerschaftsfonds des Kantons Schwyz war auch 2006 gross. Dies schreibt der Verwaltungsrat in seinem 63. Jahresbericht. Die Anzahl Anträge auf reine Bürgerschaften erhöhte sich auf 66 (Vorjahr: 57). Mit einem Gesamtbeitrag von 2,7 Mio. Franken (2005: 2,2 Mio. Franken) haben diese Bürgerschaften um einen Viertel zugenommen. Die Bürgerschaften wurden in der Regel an KMU-Betriebe in Kombination mit dem Schwyzer Neuunternehmerkonto gewährt. Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sich die Bürgerschaftsverluste von 218 000 Franken auf 67 000 Franken. Als Reingewinn werden in der Rechnung 32 100 Franken ausgewiesen.

### Bank Linth «gewinnt» gegen Regionalbanken-Gruppe

Das Handelsgericht in St. Gallen hat eine Klage der Regionalbanken-Gruppe (RBA) gegen die Bank Linth abgewiesen. In ihrer Klage hatte die RBA 4,7 Mio. Franken von der Bank Linth gefordert. Das Geld sollte als Entschädigung für eine sogenannte Fallback-Lösung gelten, welche die RBA der Bank Linth bei deren Ausstieg aus der Gruppe zur Verfügung stellen musste. Das Handelsgericht hat die Bank Linth lediglich dazu verurteilt, der RBA 658 000 Franken zu bezahlen. Die RBA muss für 85 Prozent der Gerichtskosten (80 500 Franken) aufkommen. Die restlichen 15 Prozent muss die Bank Linth übernehmen. Zudem muss die RBA die Beklagten mit 87 500 Franken für das Verfahren entschädigen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die RBA will nun eine ausführliche Begründung verlangen und danach entscheiden, ob sie das Urteil an die nächst höhere Instanz weiterziehen will.

### Frick kontert Ledergerbers Attacke

Zürichs Stadtpräsident Elmar Ledergerber äusserte die Idee, Pendlern künftig nicht nur am Wohnort, sondern auch am Arbeitsort zu besteuern. Ständerat Bruno Frick (CVP, Einsiedeln) erteilt dieser Idee eine deutliche Abfuhr, wie er in einer Stellungnahme festhält. Der Schwyzer Standesvertreter vermutet, dass diese Attacke vor dem Hintergrund der europäischen Debatte

zu sehen ist, bei dem insbesondere auf die steuergünstigen Innerschweizer Kantone Druck gemacht werde. Aber, so Frick, Stadt und Kanton Zürich sollten ihre unverhältnismässig hohen Ausgaben nicht durch Forderungen an die Innerschweizer Kantone begleichen. Zudem übersehe der Zürcher Stadtpräsident, «dass wir in verschiedensten Arten unseren Beitrag an die Zentrumslasten von Kanton und Stadt Zürich leisten. Für Spitalaufenthalte, an die Universität und Fachhochschulen und die S-Bahn etc.». Zudem würden die Landkantone auch Umgebungslasten der Stadt tragen, beispielsweise durch den Ausbau der Strassen, «die an Spitzentagen den Ausflugsverkehr schlucken und lange Wartezeiten verhindern».

### Nächste Steuersenkungsrunde in Sicht

Die Schwyzer Gemeinden und Bezirke verzeichnen in ihren Jahresrechnungen ausserordentlich hohe Steuereinnahmen, weshalb die Budgeterwartungen massiv übertroffen werden. Eine Ursache ist in der sehr guten Wirtschaftslage zu finden. Dann aber auch in der Systemumstellung von der zweijährigen zur einjährigen Steuerveranlagung. Die kantonale Steuerverwaltung ist daran, mit einer beschleunigten Veranlagungsverfügung den Pendenzenberg zügig abzubauen. Deshalb werden auch 2007 nochmals ausserordentlich hohe Erträge aus den «Steuern der Vorjahre» erwartet. Auch der Kanton erwartet 2006 höhere Steuererträge. Allerdings wurden diese im Budget mit einem Plus von sieben Prozent bereits vorweggenommen, weshalb sich beim Kanton weniger grosse Überraschungen einstellen werden. Dank des Geldsegens darf erwartet werden, dass Ende Jahr bereits eine nächste Steuersenkungsrunde eingeläutet wird. Vor allem die Gemeinden des Bezirks Höfe dürften davon profitieren. Ob auch beim Kanton eine Steuerfussenkung drin liegt, ist eher unwahrscheinlich, denn der Kanton wird durch den Neuen Finanzausgleich (NFA) und den interkantonalen Lastenausgleich ab 2008 mit rund 40 Mio. Franken mehr belastet.

### Bauvolumen von 310 Mio. Franken ausgelöst

Die Unterstützung der Wohnverhältnisse von Bergbauern endet Ende 2007. Der Bund wird ab dem 1. Januar 2008 im Rahmen des neuen Finanzausgleichs keine Zahlungen mehr leisten. Die Regierung lehnt eine Verlängerung ab, sieht jedoch in der Verordnung über das Energiesparen allenfalls Raum für Unterstützung. In einer Antwort auf ein Postulat im Kantonsrat erklärt die Regierung, dass im Kanton Schwyz zwischen 1953 und 2005 insgesamt 2500 Wohnungen im Berggebiet unterstützt worden sind. Die 76,7 Mio. Franken Bundes-, Kantons- und Bezirksbeiträge lösten im ländlichen Raum ein Bauvolumen von rund 310 Mio. Franken aus. Rund 80 Prozent betrafen bäuerliche Haushalte. Die eingesetzten Mittel hätten die an-

visierten Zielgruppen (einkommensschwache, meist grössere Haushalte, die mehrheitlich in der Landwirtschaft tätig sind) erreicht. Durch Wohnungserneuerungen und Ersatzneubauten seien die Wohnverhältnisse verbessert und die Chancen für den Verbleib in den Bergregionen erhöht worden, weshalb in unserem Kanton auch keine Landflucht zu verzeichnen gewesen sei. Die Unterschiede zwischen Talregionen und Berggebieten hätten sich in den letzten Jahrzehnten verringert. Den regionalpolitischen Anliegen der Berggebiete sei mit anderen Mitteln (beispielsweise Infrastrukturförderung) Rechnung zu tragen, schreibt die Regierung.

### Familienstiftungen: Missbrauchsgefahr gering

Die Tessiner Finanzdirektorin Marina Masoni war im vergangenen Jahr unter anderem wegen der Besteuerung der Familienstiftung «Villalta del'Argine» in die Schlagzeilen geraten. Die Stiftung ist seit 1983 im Kanton Schwyz angesiedelt. In seiner Antwort auf eine Interpellation von SP-Kantonsrat Otto Kümmin glaubt die Schwyzer Regierung nicht, dass mit Familienstiftungen Missbrauch betrieben wird. Die Gründe sieht die Kantonssekretäre insbesondere darin, dass das Institut der Familienstiftung bereits von Gesetzes wegen wenig attraktiv sei. Das Zivilgesetzbuch verlangt die Widmung eines Vermögens für einen besonderen Zweck, der insbesondere bei Familienstiftungen sehr eingeschränkt sei. Das günstige Steuerklima spiele für die Errichtung solcher Institute eine untergeordnete Rolle. Die Einhaltung des Stiftungszweckes werde im Rahmen des periodischen Veranlagungsverfahrens kontrolliert.

### Umsatzeinbusse bei Charles Vögele

Die in Pfäffikon domilizierte Modekette Charles Vögele hat 2006 unter den Wetterkapiolen gelitten und ein unbefriedigendes Jahr erlebt. Wegen des bis Mai anhaltend nassen Wetters blieb die Sommermode liegen, dann verdarb der goldene Herbst die Lust auf den Kauf von Winterkleidern. Die Ziele wurden deshalb nicht oder nur knapp erreicht. Der Umsatz schrumpfte um 1,8 Prozent auf 1,324 Mrd. Franken. Auf das Spitzenergebnis mit einem Reingewinn von 70 Mio. Franken folgte 2006 ein Verlust von fast 20 Mio. Franken. Ohne eine ausserordentliche Abschreibung in Holland (74 Mio. Franken) wäre der Gewinn auf 55 Mio. Franken geschrumpft. Doch auch die Geschäfte in der Schweiz liefen unbefriedigend: Der Umsatz schrumpfte um 5,5 Prozent auf 451 Mio. Franken, der Betriebsgewinn vor Abschreibungen sackte um 17 Prozent auf 64 Mio. Franken ab. Auch in Deutschland und Österreich schmolzen die Umsätze, doch Ungarn floriert dermassen, dass die Testphase abgebrochen und ein Jahr früher als geplant die Expansion gestartet wurde. 2007 sollen 15 bis 20 Geschäfte eröffnet werden. «Auch der im Herbst

2005 erschlossene Markt Slowenien hat die hohen Erwartungen bestätigt», erklärte Konzernchef Daniel Reinhard an der Bilanzmedienkonferenz in Zürich.

### Qualifiziertes Personal ist Mangelware

Mit der wachsenden Nachfrage nach Humankapital mag das Angebot kaum mehr Schritt halten. Das bekommen auch Schweizer Unternehmen zu spüren. Wer Spezialisten sucht, sieht sich oft mit hohen Lohnforderungen konfrontiert. Gefragt sind Finanzkräfte und kompetente Kundenberater, spezialisierte Lehrpersonen und spezialisierte Handwerker wie beispielsweise Uhrmacher, was die Firma Victorinox zu spüren bekommt, welche in den letzten drei Jahren 25 Stellen im expandierenden Uhrenbereich gesucht hat. Umgekehrt sind in den letzten Jahren viele «niederschwellige» Arbeitsplätze wegrationalisiert worden, vor allem in der produzierenden Industrie. Für Hilfskräfte mit einem tiefen Qualifikationsniveau ist es schwierig, wieder eine Stelle zu finden, wie Werner Scherrer vom RAV Lachen sagt.

### Schwyz für NRP gerüstet

Der Bundesrat hat Ende Februar die Botschaft verabschiedet, in welcher er neue Akzente zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) setzt. In diesem Mehrjahresprogramm zur Regionalpolitik 2008 bis 2015 wird das Schwergewicht auf exportfähige Wertschöpfung und Strukturwandel im Tourismus gelegt. Zudem soll das bisherige Vermögen des Regionalentwicklungsfonds von 1,2 Mrd. um 230 Mio. Franken aufgestockt werden. Klaus Korner, Geschäftsführer des Regional-Entwicklungsverbandes Rigi-Mythen und Einsiedeln, sieht für den Kanton Schwyz gute Chancen und keine Probleme bei der Umsetzung der neuen Richtlinien. «Wir setzen seit acht Jahren in der Regionalentwicklung auf wirtschaftsnahe, wettbewerbs- und exportfähige Projekte.» Korner sieht auch strukturelle Pluspunkte. Schon früh seien Gelder in visionäre Projekte gesteckt worden, während man beispielsweise im Kanton Uri noch vielfach Gelder für Bergstrassen oder Schulhäuser verschwendet habe.

### Stiftung lockt Unternehmen in den Kanton

Am 1. Okt. 2006 nahmen Geschäftsführer Markus Oswald und der Stiftungsrat offiziell die Arbeit in der von der Schweizer Kantonalbank gegründeten Innovationsstiftung auf. Ein halbes Jahr später ist man mit der Arbeit mehr als eingedeckt. Der Stiftung sind bisher mehr als 40 Anfragen von innovativen Unternehmen eingegangen. Ein grosser Teil davon musste abgewiesen werden. Gegenwärtig werden drei Projekte konkret weiterverfolgt. Bei einem geht es um die Nachfolgeregelung in einem Handelsunternehmen, die beiden anderen Ideen stammen aus dem Software-Bereich und aus dem Gebiet der nachhaltigen Energien. Vermutlich Ende März wird der Stiftungsrat über die

Projekte entscheiden. Ob sich der Aufwand lohne, werde sich erst in ein paar Jahren zeigen, sagte Oswald. Allerdings sei es der Versuch und der Mut wert. Die unabhängige Stiftung ist mit einem Dotationskapital von 20 Mio. Franken ausgestattet.

### Doppelinitiative zu Stande gekommen

Die Doppelinitiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer ist zu Stande gekommen. Wie im Amtsblatt Anfang März publiziert, wurden beide Initiativbegehren von mehr als 2000 Stimmberechtigten unterzeichnet. Die Initiative war vom Hauseigentümerverband lanciert worden. Verlangt wird zum einen, dass die Handänderungssteuer abgeschafft wird, zum anderen, dass der daraus resultierende Steuerausfall für die Gemeinden vom Kanton teilweise kompensiert wird. Deshalb soll der Kanton mehr Mittel aus der Grundstückgewinnsteuer den Kommunen abliefern.

### Entwicklungskonzept Linthebene abgeschlossen

Im März 2003 haben die Kantone Glarus, Schwyz und St. Gallen beschlossen, ein kantonsübergreifendes Entwicklungskonzept für die Linthebene (EKL) erarbeiten zu lassen. Rund 100 Leute aus der Region haben mit ihrem Fachwissen und ihrer regionalen Kompetenz wesentlich zum Gelingen des Projektes beigetragen. Drei Jahre lang haben sie unentgeltlich an der Gestaltung des Entwicklungskonzeptes mitgearbeitet. Nun hat die EKL ihren Schlussbericht abgeliefert. Dieser soll nun in die Vernehmlassung in der Region, insbesondere bei den betroffenen Gemeinden, geschickt werden. Danach wird der Bericht bereinigt und von der Linthkommission definitiv verabschiedet. Bis das Projekt ELK 2003 im Spätherbst 2007 abgeschlossen wird, werden die bisherigen Mitwirkenden die Umsetzungsplanung und die Aufgabenteilung an die Gemeinden und weitere Beteiligte in der Linthebene vorbereiten.

### Kloster Einsiedeln auf der 20er-Banknote?

Anfang März präsentierte die Schweizerische Nationalbank die Vorschläge zur Gestaltung der neuen Schweizer Banknotenserie. Aus Schweizer Sicht sticht dabei die Vorderansicht der 20er-Note auf besonderes Interesse. Darauf ist die eindruckliche Pestszene aus der Welttheater-Aufführung 2000 zu sehen. Allerdings handelt es sich bei den jetzt vorgelegten Vorschlägen erst um Entwürfe der Grafikerin Manuela Pfrunder. «Die Sujets können ändern», heisst es sowohl seitens der Künstlerin wie auch der Schweizerischen Nationalbank, wie das Höfner Volksblatt berichtet. Aber, so die Luzerner Grafikerin, «das Welttheater bietet sich an, das vorgegebene Grundthema ‚weltoffene Schweiz‘ gut zu transportieren.» Einsiedeln sei ein kleines Dorf und verweise damit auf die Schweiz. Doch Einsiedeln stehe auch für das Grosse, die Beziehung der Schweiz mit der Welt.

## AP 2011: Zur Bedeutung des bäuerlichen Bodenrechts und des landwirtschaftlichen Pachtrechts

**Wer an die Zukunft der Landwirtschaft glaubt, muss sie vor unnötigen, einengenden und überholten Bestimmungen und Mechanismen befreien. Das bäuerliche Bodenrecht und das landwirtschaftliche Pachtrecht enthalten eine Vielzahl davon. Deshalb sind die vom Bundesrat in diesem Bereich vorgeschlagenen Liberalisierungsschritte zu unterstützen.**

Das Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB), in Kraft seit dem 1. Januar 1994, hat zum Ziel, das bäuerliche Bodenrecht zu fördern, bodenbewirtschaftende Familienbetriebe zu erhalten und Strukturen zu verbessern. Es geht von der Idee aus, die Stellung des Selbstbewirtschafters einschliesslich derjenigen des Pächters müsse gestärkt werden. Deshalb legt das BGBB fest, wer zu welchen Bedingungen ein landwirtschaftliches Gewerbe bzw. Grundstück erwerben kann. Zusätzlich werden Bestimmungen über die Aufteilung landwirtschaftlicher Gewerbe sowie über die Nutzung, Zerstückelung und Belastung landwirtschaftlicher Grundstücke aufgestellt. Seit dem 20. Oktober 1986 ist das Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht (LPG) in Kraft. Es kennt Bestimmungen über die Mindestdauer landwirtschaftlicher Pachtverträge. Zudem sieht das LPG eine Bewilligungspflicht für die parzellenweise Verpachtung landwirtschaftlicher Gewerbe und der Pachtzins für landwirtschaftliche Gewerbe untersteht einer Kontrolle.

### Landwirte als Unternehmer

In seiner Botschaft begründet der Bundesrat die Lockerungen dieser Gesetze mit den gesteigerten Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte, die sich vermehrt als Unternehmer

zu betätigen haben. Er schlägt als Massnahmen u.a. die Erhöhung der Gewerbegrenze, die Aufhebung von Preis- und Pachtzinsvorschriften und die Aufhebung der Belehnungsgrenze vor.

Im internationalen Vergleich sind unsere Landwirtschaftsbetriebe zu klein. Deshalb sind Hofaufgaben nicht künstlich zu behindern. Sonst können überlebensfähige Betriebe nicht Land zupachten oder zukaufen. Aus diesem Grunde macht es Sinn, die Grenze für das Vorliegen eines landwirtschaftlichen Gewerbes von bisher 0,75 Standardarbeitskräften auf neu 1,25 zu erhöhen. In der Definition sind allfällige para-landwirtschaftliche Tätigkeiten zu berücksichtigen. Die Übernahme zum problematisch tiefen Ertragswert wird so eingeschränkt, was die Attraktivität einer familieninternen Übernahme verringert. Die Aussicht auf einen höheren Verkaufspreis erhöht zudem beim Bewirtschaftler die Bereitschaft zum Ausstieg.

### Befreiung von überholten Strukturen

Auch die Abschaffung der Preisgrenze ist zu befürworten. Dadurch ist der übersetzte Preis kein Verweigerungsgrund mehr für die Erwerbsbewilligung. Alles spricht davon, dass der Landwirt sich immer mehr wie ein Unternehmer verhalten müsse. Fällt die Preisbegrenzung, führt dies zu einer besseren Handelbar-

keit. Ein Unternehmer kann selber einschätzen, wie viel er bereit ist, für Land zu bezahlen. Damit keine Spekulation betrieben werden kann, bleibt das Selbstbewirtschaftersprinzip aufrechterhalten. Diese Bremse greift also weiterhin.

Schliesslich gehört auch die Pachtzinskontrolle für landwirtschaftliche Grundstücke abgeschafft. Damit erhält der Grundsatz *Ńpacta sunt servanda* wieder seinen zentralen Stellenwert im Vertragsrecht. Dem schändlichen Verhalten von gewissen Pächtern, Eigentümer mit überhöhten Pachtzinsen zu ködern und sich nach Vertragsabschluss auf einen bersetzten Pachtzins zu berufen und diesen anzufechten, würde ein Riegel geschoben.

Wer an eine Zukunft der Landwirtschaft glaubt, muss sie vor unnötigen, einengenden und überholten Bestimmungen und Mechanismen befreien. Das bäuerliche Bodenrecht und das landwirtschaftliche Pachtrecht enthalten eine Vielzahl davon. Deshalb sind die vom Bundesrat in diesem Bereich vorgeschlagenen Liberalisierungsschritte zu unterstützen. Sie erleichtern den Strukturwandel und fördern die Eigenverantwortung.

*centre patronal*

## Grosshandelspreise (Basis Mai 2003 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2005</b>	101,2	101,6	101,8	102,2	101,9	101,6	102,1	102,3	102,9	103,0	102,6	102,7
<b>2006</b>	102,9	103,3	103,4	104,2	104,8	104,8	105,0	105,5	105,5	105,4	105,4	105,4
<b>2007</b>	105,2	105,5										
*	+2,2%	+2,2%	+1,6%	+1,9%	+2,8%	+3,1%	+2,9%	+3,1%	+2,5%	+2,4%	+2,8%	+2,6%

### Produzentenpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2005</b>	101,3	101,6	101,7	102,0	100,8	101,7	101,9	102,1	102,6	102,7	102,7	102,7
<b>2006</b>	102,8	103,1	103,2	103,9	104,2	104,4	104,5	104,7	104,7	104,8	104,8	104,8
<b>2007</b>	104,6	105,2										

### Importpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2005</b>	100,9	101,5	102,1	102,6	102,2	101,4	102,4	102,7	103,5	103,5	102,3	102,6
<b>2006</b>	103,1	103,5	103,7	104,7	106,0	105,7	106,0	106,9	107,0	106,7	106,5	106,5
<b>2007</b>	106,3	106,2										

## Konsumentenpreise (Basis Mai 2000 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2005</b>	103,7	103,9	104,2	105,0	104,9	104,7	104,1	104,3	104,7	105,7	105,4	105,2
<b>2006</b>	105,0	105,4	105,3	106,2	106,4	106,3	105,6	105,8	105,6	105,9	105,9	105,9
<b>2007</b>	105,2	105,4										
*	+0,1%	+0,0%	+1,0%	+1,1%	+1,4%	+1,6%	+1,4%	+1,5%	+0,8%	+0,3%	+0,5%	+0,6%

		Gewichtung in %	2005			2006												2007		
			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
<b>Monatsindex (Mai 2000 = 100)</b>																				
<b>Totalindex</b>		<b>100</b>	<b>105,7</b>	<b>105,4</b>	<b>105,2</b>	<b>105,0</b>	<b>105,4</b>	<b>105,3</b>	<b>106,2</b>	<b>106,4</b>	<b>106,3</b>	<b>105,6</b>	<b>105,8</b>	<b>105,6</b>	<b>105,9</b>	<b>105,9</b>	<b>105,2</b>	<b>105,4</b>		
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,998	104,0	103,8	103,8	104,7	105,4	104,9	104,8	104,9	105,4	105,1	105,4	106,5	105,0	104,5	104,5	105,5	105,4	
	Alkoholische Getränke und Tabak	1,962	115,7	115,7	115,5	115,5	115,5	115,7	115,7	115,7	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,6	115,9	115,9	115,9	
	Bekleidung und Schuhe	4,259	96,7	96,7	96,7	84,1	84,1	84,1	98,9	98,9	98,9	82,3	82,3	82,3	98,6	98,6	98,6	81,0	81,0	
	Wohnen und Energie	25,175	110,4	110,0	109,8	109,9	110,8	110,8	111,2	111,6	111,4	111,8	112,1	111,7	111,6	111,8	111,8	111,1	112,2	
	Hausrat und laufende Haushaltung	4,335	101,5	101,5	101,2	101,2	101,2	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	101,4	101,4	101,4	102,0	102,0	102,0	
	Gesundheitspflege	16,719	103,3	103,3	103,3	103,7	103,7	103,7	103,8	103,8	103,8	103,8	103,2	103,2	103,2	103,1	103,1	103,1	103,2	103,2
	Verkehr	10,286	109,5	107,8	107,1	107,8	108,0	107,4	108,9	109,9	109,7	110,7	111,5	109,6	107,8	107,4	107,3	107,4	106,9	
	Nachrichtenübermittlung	2,636	86,7	86,7	86,6	86,6	86,6	86,5	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,8	84,7	84,7	84,7	
	Freizeit und Kultur	9,242	99,5	99,5	99,9	99,8	99,8	99,6	99,6	99,6	99,4	99,4	99,4	99,0	99,0	99,0	99,1	99,1	99,1	
	Erziehung und Unterricht	0,663	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	108,5	110,2	110,2	110,2	110,4	110,4	110,4	
	Restaurants und Hotels	9,009	108,8	108,8	108,8	110,1	110,1	110,1	110,2	110,2	110,2	110,1	110,1	110,1	109,7	109,7	109,7	111,8	111,8	
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	4,716	108,3	108,3	108,3	108,9	109,2	109,2	109,2	109,3	109,3	109,3	109,3	109,1	109,1	109,1	109,1	108,6	109,1	
	<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	73,372	105,6	105,8	105,8	106,2	106,5	106,5	106,5	106,7	106,7	106,6	106,7	106,8	106,7	106,8	106,8	107,1	107,4
Auslandgüter		26,628	105,6	104,1	106,6	101,9	102,3	101,8	104,9	105,4	105,2	102,8	103,2	102,0	103,7	103,2	103,2	99,9	99,9	
Waren		43,702	104,3	103,4	103,1	102,2	102,5	102,3	104,2	104,5	104,4	102,6	102,8	102,3	103,2	102,8	102,8	100,8	100,8	
Dienstleistungen		56,298	106,7	106,9	106,9	107,3	107,6	107,6	107,7	107,8	107,9	108,0	108,1	108,2	108,0	108,3	108,3	108,6	109,0	

\* Veränderungen gegenüber Vorjahr  
Die neuesten Zahlen der Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit ab Tonband 0900 55 66 55 und Telex 129.



## Europapolitik: Bilateraler Weg – optimaler Weg

es. Die Frage, ob es für die Schweizer Wirtschaft längerfristig besser ist, ausserhalb oder innerhalb der EU zu operieren, muss im Interesse der Unternehmen aller Branchen und aller Grössen beantwortet werden. Wiederholt hat sich gezeigt, dass der bilaterale Ansatz die beste Option darstellt. Dieser basiert bekanntlich zunächst auf dem Freihandelsabkommen und dann im Wesentlichen auf den sieben bilateralen Abkommen I und den neun bilateralen Abkommen II. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, handelt es sich um eigentliche Wirtschaftsabkommen.

Das Kernstück der sogenannten Bilateralen Verträge ist das Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Es ist gelungen, diese Abkommen auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten auszudehnen. Dabei hat paradoxerweise neben Gruppierungen der Rechten auch die Linke, die sich für einen Beitritt der Schweiz zur EU ausspricht, angesichts der Ausdehnung der Perso-

nenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten Schutzmassnahmen verlangt, welche den Marktzutritt von ausländischen Arbeitnehmern erschweren.

Was die Zukunft des Verhältnisses der Schweiz zur EU betrifft, ist mittelfristig mit keinen grossen Sprüngen zu rechnen. Wohl wird es laufend zu Anpassungen von bestehenden Abkommen kommen. Auch werden vermutlich einige neue dazu kommen dürfen, wie beispielsweise jene über den Elektrizitätshandel und den Agrarfreihandel. Aber ein starker Druck in diese Richtung besteht seitens der Schweizer Wirtschaft nicht.

So oder so, im Vordergrund muss das Primat der Weltmarktkompetitivität und nicht jenes der Europakompatibilität stehen: Die Wirtschaft hat keine Mühe mit dem autonomen Nachvollzug des EU-Acquis, dort wo sich dies empfiehlt. Aber er kommt nur dann in Frage, wenn damit die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz verbessert

wird. Im Übrigen kann bei diesen Abkommen keine «Rosinenpickerei» der Schweiz erkannt werden. Sie wurden alle im beidseitigen Interesse ausgehandelt. Die Schweiz ist für die EU ein äusserst wichtiger Wirtschaftspartner: Gemäss den jüngsten Zahlen von Eurostat für die ersten elf Monate 2006 ist sie nach den USA mit rund 80 Mrd. Euro der zweitwichtigste Exportmarkt für EU-Waren. Der EU-Handelsbilanzüberschuss mit der Schweiz betrug 14 Mrd. Euro. Der Kapitalbestand schweizerischer Direktinvestitionen in der EU beläuft sich auf rund 200 Mrd. Franken. Schweizerische Unternehmen beschäftigen etwa 850'000 Mitarbeiter in der EU. Zum Vergleich: Der Kapitalbestand von EU-Unternehmen in der Schweiz ist etwas mehr als halb so gross wie der schweizerische. Dies zeigt, dass die Schweiz wirtschaftlich ein sehr wichtiger und ernstzunehmender Partner ist.

## Das Unternehmen führt nicht der Aktionär

cp. «Die Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts ist in der Vernehmlassung grundsätzlich gutgeheissen worden.» Diese am Schluss jedes Vernehmlassungsverfahrens gehörte Phrase stammt dieses Mal aus dem Departement von Christoph Blocher, der damit zeigt, dass er sich den Gepflogenheiten des bundesrätlichen Kollegiums durchaus angepasst hat. Die Revision will zahlreiche gesetzliche Bestimmungen der Aktiengesellschaft und der Rechnungslegung ändern. Hauptziel ist – nebst einigen punktuellen Modernisierungen – die Förderung der «Corporate Governance» und die Stärkung der Aktionärsrechte. Sie ist getragen von einer emotionalen Debatte, hervorgerufen nicht nur durch das Swissair-Debakel, sondern auch durch andere medienträchtige Ereignisse wie überrissene Managergehälter, goldene Fallschirme, Doppelmandate, Schwierigkeiten einiger Aktionäre, sich Gehör zu verschaffen.

Nach Christoph Blochers Meinung können Kleinaktionäre in Grossunternehmen ihre Interessen nicht wirksam verteidigen und sind daher nicht in der Lage, ihre Eigentümerrechte auszuüben. Das zersplitterte Aktionariat liefert den einzelnen Aktionär ohnmächtig den Managern aus, die nur darauf warten, sich das Unternehmen unter den Nagel zu reissen, und sich auf Kosten der wahren Eigentümer zu bereichern.

Vorgesehene Massnahmen sind unter anderem ein jederzeitiges Auskunfts- und Einsichtsrecht für Aktionäre, die Offenlegung der Verwaltungsratsgehälter, die Senkung der Schwelle zur Sonderuntersuchung und zur Einberufung der Generalversammlung, oder auch die jährliche Einzelwahl des Verwaltungsrats.

Dieses Klima des Misstrauens gegenüber den Führungsorganen rührt von einer verfehlten Beurteilung der Verantwortlichkeit innerhalb der Aktiengesellschaft, nebst

dessen, dass es sich negativ auf den Geschäftsgang auswirken kann. Zwar sind die Aktionäre Eigentümer der Gesellschaft, aber sie sind in der Regel nicht imstande, sie zu führen, vor allem nicht mit einem zersplitterten Aktionariat. Der Unternehmenserfolg hängt einerseits vom Investitionskapital ab, aber andererseits auch massgeblich von Entscheidungen der Manager, die sich an der Front entscheiden, orientieren, die Produktion vorantreiben und den Markt kennen. Auch wenn sie den Aktionären Rechenschaft ablegen müssen, sind sie es, die das Unternehmen führen und die Rolle des Chefs übernehmen. Gründe der Stabilität, der Strategie und in einigen Fällen der Diskretion sprechen gegen eine stärkere Einmischung der einzelnen Aktionäre in die Geschäftsführung.

### Steuerwettbewerb nach sozialistischer Manier

Zurzeit ist ein heftiges Hickhack zwischen der EU und der Schweiz über Fragen des Steuerwettbewerbs im Gang. Nebst der Pauschalbesteuerung reicher Ausländer wehrt sich die EU gegen die hierzulande privilegierte Besteuerung von Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften. Am Pranger stehen dabei vorab die angeblich wettbewerbsverzerrenden Praktiken der Kantone Zug und Schwyz. Die traditionell steuerliche Privilegierung von Holding- und Domizilgesellschaften durch die beiden Kantone sind vor allem den europäischen Hochsteuerländern ein Dorn im Auge. Allein schon aus rechtlicher Sicht bewegen sich die Steuervögte auf dünnem Eis. Aber auch politisch vermag die zwar mit medienwirksamem Brimborium vorgetragene Rüge infolge der vielfältigen Verflechtungen zwischen der EU und unserem Land nicht zu überzeugen. Es gilt daher für die Behörden aller Stufen, an unserer Souveränität festzuhalten und die bedeutenden Steuereinnahmen aus dieser Steuerpraxis im Ausmass von rund 3 Milliarden Franken zu verteidigen.

Nun wurde zwar das EU-Süppchen in Brüssel gekocht. Vor allem die Finanzminister der Hochsteuerländer, unterstützt von den EU-Technokraten, haben kräftig angerührt. Mitinitiiert und mitgemixt haben aber auch die Schweizer Sozis. So ist eine hochrangige Delegation roter Parlamentarier zu diesem Zweck eigens in Brüssel vorstellig geworden und hat um Hilfe für die Eingrenzung des Steuerwettbewerbs gebeten. Unter dem Vorwand der Steuergerechtigkeit soll nach klassisch sozialistischer Denkweise das Nicht-EU-Land Schweiz mit Hilfe von Brüssel in die Knie gezwungen werden. Man spricht

zwar vordergründig nur von einer Begrenzung des Steuerwettbewerbes. In der Realität geht es aber der Linken um eine länderweite Nivellierung der Steuerbelastung, zumal in ihren Augen Steuerwettbewerb «zur unverantwortlichen Dezimierung der Staatskassen» führt und damit a priori gar nicht sein darf. Als Vordenker und leidenschaftlicher Promoter dieser Marschrichtung gilt der glücklose, ehemalige deutsche Finanzminister Hans Eichel. In einem kürzlichen Interview mit der NZZ am Sonntag hat der abgehalfterte Fiskalist Eichel die Schweiz der Rosinenpickerei bezichtigt und sie aufgefordert, die schädlichen Praktiken aufzugeben.

Erstaunt ist man unter diesen Umständen ob dem Protest, welchen die Sozialdemokraten nunmehr gegen die unverblühten Forderungen der EU anklingen lassen. Im Gleichschritt mit den bürgerlichen Parteien haben sie zumindest fürs Erste auf die Souveränität unseres Landes in den Steuerfragen gepocht. Vergessen ist ihr noch nicht lange zurückliegender Bittgang nach Brüssel. Im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom kommenden Herbst macht es sich nicht gut, europäische Steuervögte zur Zählung des Schweizer Steuerwettbewerbs herbeizurufen. Also wurstelt man sich von linker Seite zu einem lauwarmen Bekenntnis zum Steuerwettbewerb durch – wenn auch mit der klaren Begrenzung des «schädlichen» Wettbewerbs, was das auch immer heissen mag.

Eine Kostprobe dieser janusköpfigen Politik hat uns erst jüngst wieder der rote Zürcher Stapi Elmar Ledergerber geliefert. Der alte Hauden-Sozi Ledergerber forderte eine Pendler-Steuer von 30% der in Zürich arbeitenden ausserkantonalen

Steuerpflichtigen. Nebst der zusätzlichen Mittelbeschaffung sollten damit nicht zuletzt auch die mit Zürich im Steuerwettbewerb stehenden Konkurrenzkantone Zug und Schwyz getroffen werden. Mit spitzer Feder hat SR Bruno Frick die Avancen aus Zürich zerpfückt und das Ansinnen als Kirchtumpolitik zurückgewiesen.

Als Inbegriff linker Steuerwettbewerbsfeindlichkeit steht aber die im letzten November lancierte Nivellierungsinitiative. Unter dem bezeichnenden Titel «Steuergerechtigkeits-Initiative» soll der erfolgreiche interkantonale Steuerwettbewerb ausgehebelt werden. Zwar gibt man vor, dass die Initiative den Wettbewerb der Kantone bis zu einem gewissen Grad zulasse und nur eine im Dienste der Gerechtigkeit stehende Nivellierung angestrebt werde. Die Erfahrung lehrt aber, dass der Wettbewerb nicht in den unteren Bereichen, sondern vor allem im oberen Einkommens- und Vermögenssegment spielt. Wer also im oberen Bereich eine starre Nivellierung fordert, verhindert in der Praxis den Steuerwettbewerb, eine Entwicklung, die sich die Linken schon lange zum Ziel gesetzt haben.

Alle Behinderungsmassnahmen würden den Kanton Schwyz als einer der führenden Kantone im Steuerwettbewerb empfindlich treffen. Davon wären nicht nur gutbetuchte Steuerpflichtige betroffen. Auch der Mittelstand bekäme die auf Nivellierung ausgerichtete linke Steuerpolitik kräftig zu spüren. Bei den kommenden Herbst- und Frühjahrswahlen können wir Wähler und Wählerinnen einer solchen fragwürdigen linken Stossrichtung den Riegel schieben.

*Toni Dettling, Schwyz*

## **Generalversammlung des H + I des Kantons Schwyz**

**Am Montag, 15. Oktober 2007, ab ca. 18.15 Uhr bis 22.30 Uhr lädt der H + I seine Mitglieder zur 50. Generalversammlung ein. Es ist uns eine grosse Ehre an der diesjährigen Jubiläums-GV Frau Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, als Referentin begrüssen zu dürfen.**

Die Generalversammlung wird im Seehotel Waldstätterhof in 6440 Brunnen/SZ stattfinden. Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden später versandt.